

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 4. Oktober 2000

1717. Interpellation von Placid Maissen und 5 Mitunterzeichnenden betreffend Situation Bäckeranlage. Am 30. August 2000 reichten Gemeinderat Placid Maissen (CVP) und 5 Mitunterzeichnende folgende Interpellation GR NR. 2000/417 ein:

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt der Stadtrat, um die Situation in der Bäckeranlage wirklich zu verbessern?
2. Mit welchen zusätzlichen Mitteln will er dies erreichen?
3. Sollte der Stadtrat keine wesentliche Verbesserung erzielen, müsste nicht auch der Kanton, wie beim Letten, um polizeiliche Unterstützung gebeten werden?

Auf den Antrag der Vorsteherin des Sozialdepartements beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Der Stadtrat verfolgt in der Aussersihler Anlage im Wesentlichen zwei Ziele: Erstens eine mögliche Eskalation unbedingt zu verhindern und zweitens auf der stabilisierten Situation aufbauend den Erholungswert der Anlage für QuartierbewohnerInnen weiter zu erhöhen. Diese Ziele sollen mit einer Doppelstrategie erreicht werden, einerseits mit repressiven Mitteln, d. h. mit polizeilichem Druck und Kontrollen, andererseits durch die Belegung und Attraktivitätssteigerung der Anlage. Die Ausübung polizeilicher Gewalt fällt in der Aussersihler Anlage in die Kompetenz der Stadtpolizei, welche seit Jahren mit unverminderter Intensität im gesamten Kreis 4 und speziell in der Aussersihler Anlage aktiv ist. Zur Belegung der Anlage tragen das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) durch Reinigung und Unterhalt, das Sozialdepartement mit der Spielanimation und dem Beauftragten für Quartieranliegen (beides im Amt für Soziokultur), aber auch die vielfältigen privaten Initiativen und Aktivitäten bei.

Gegenüber dem letzten Jahr wurden im Frühling 2000 zwei neue Massnahmen eingeführt: Das privat geführte Restaurant «B» anstelle des bisher vom Amt für Soziokultur betriebenen Kioskes und das Projekt «Sicherheit/Intervention/Prävention SIP» als flankierende Massnahme. Mit einem professionell geführten Restaurant soll die Anlage zu einem attraktiveren Quartiertreffpunkt gemacht werden, als dies mit den bisherigen Mitteln möglich war. Das Projekt SIP soll als Bindeglied zwischen den polizeilichen und soziokulturellen Massnahmen einerseits ein Anwachsen der Szene wie im August 1999 verhindern und andererseits die Allgemeinheit störendes Verhalten vermindern.

In wesentlichen Punkten konnten mit der Weiterführung der bisherigen Massnahmen und den beiden zusätzlichen neuen Instrumenten im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr folgende Verbesserungen erzielt werden:

Kam es im August 1999 vorübergehend zu grossen Ansammlungen von Drogenkonsumierenden auf der gesamten Anlage, stand in diesem Sommer der grösste Teil des Parks den Erholung suchenden Benutzerinnen und Benutzern zur Verfügung, während sich die so-

genannte «Szene» in einem relativ kleinen und abgegrenzten Gebiet aufhielt. Ein Nachteil dieser für die Bäckeranlage positiven Entwicklung war jedoch eine stärkere Belastung durch Drogenkonsum und -handel im unmittelbaren Umfeld der Anlage, insbesondere an der Hohlstrasse und bei den nahe gelegenen Schulhäusern. Die Immissionen auf der Anlage selbst konnten durch den Einsatz der Stadtpolizei und des Projekts SIP eindeutig vermindert werden, nicht aber jene in der nahen Umgebung.

- Die Benutzerzahlen überstiegen jene des letzten Jahres um ein Vielfaches. An schönen Sommertagen wurde die Anlage durchschnittlich von 600 Besucherinnen und Besuchern benützt. Das ist mitunter ein Verdienst des Restaurants, welches sehr stark zur Attraktivitätssteigerung der Bäckeranlage beigetragen hat.
- Die gegenüber 1999 verbesserte Situation auf der Bäckeranlage ermutigte im Frühjahr einen privaten Verein, kulturelle Veranstaltungen wie z. B. Lesungen, Ausstellungen und Konzerte auf der Anlage durchzuführen. Das wäre ohne den Restaurantbetrieb und die flankierenden Massnahmen seitens der Stadtpolizei, des Amtes für Soziokultur ASK und des Projekts SIP nicht möglich und diese Aktivitäten tragen zusätzlich zu einer stärkeren Nutzung der Anlage vor allem auch am Abend bei.

Gegenüber den Vorjahren konnte die Situation auf der Anlage im laufenden Jahr also massiv verbessert werden. Trotzdem besteht nach wie vor zusätzlicher Handlungsbedarf, insbesondere in der Umgebung der Aussersihler Anlage, z. B. entlang der Hohlstrasse.

Zu Frage 2: Gemäss den beiden Zielen, zu stabilisieren und zu verbessern, müssen in der Aussersihler Anlage einerseits die bisherigen Instrumente beibehalten und zum Teil auch ausgebaut, andererseits zusätzliche Massnahmen ergriffen werden. Die Kontrollen der Stadtpolizei werden in derselben Intensität wie bis anhin weiter geführt, ebenfalls die Aktivitäten des Amtes für Soziokultur und die Anstrengungen für den Unterhalt der Anlage seitens des Gartenbauamtes.

Das Restaurant wird als Boulevard-Café weitergeführt und wird im nächsten Jahr bereits ab April bis Ende Oktober in Betrieb sein.

Das Projekt SIP ist als Pilotversuch bis Ende 2000 befristet. Aufgrund der positiven Erfahrungen befürwortet der Stadtrat die Verlängerung und den Ausbau des Projekts.

In die Entwicklung weiterer zusätzlicher Massnahmen, welche insbesondere Verbesserungen in der Umgebung der Bäckeranlage erzielen sollen, werden die direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner mit einbezogen. Ziel ist es, dass noch im Jahr 2000 die bisherigen Massnahmen überprüft werden und der zusätzliche Handlungsbedarf im Hinblick auf das kommende Jahr eruiert wird. Längerfristig soll das geplante Quartierzentrum Aussersihl die Situation in und um die Bäckeranlage massgeblich verbessern.

Zu Frage 3: Der Stadtrat nimmt die Probleme der Bewohnerinnen und Bewohner im Kreis 4 sehr ernst und hat gezeigt, dass er bereit ist, neue Massnahmen zu ergreifen, wenn es erforderlich ist. Er erachtet es aber aufgrund der aktuellen Situation in und um die Bäckeranlage nicht als erforderlich, die Unterstützung der Kantonspolizei anzufordern. Seitens der verschiedenen involvierten städtischen

Dienste und auch der privaten Initiativen wird ein sehr grosser und effizienter Einsatz zur Verbesserung der Situation geleistet. Gerade die Erfahrungen des laufenden Jahres haben gezeigt, dass Verbesserungen möglich und zusätzliche Anstrengungen notwendig sind.

Mitteilung an die Vorstehenden des Polizei-, des Gesundheits- und Umwelt-, des Tiefbau- und Entsorgungs- sowie des Sozialdepartements, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten, das Amt für Soziokultur und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber